

FÜNF JAHRE VORSITZ DES EUROPÄISCHEN RATS

Herman Van Rompuy | *Präsident des Europäischen Rats (2009-2014)*

Dieser Meinungsbeitrag von Herman van Rompuy basiert auf seiner Rede vom 25. November 2014, die er während einer Konferenz gehalten hat, die von Notre Europe - Jacques Delors Institute zusammen mit Sciences Po Paris organisiert wurde. In seiner Rede zog Van Rompuy Bilanz zu den fünf Jahren, in denen er an der Spitze des Europäischen Rats stand. Er stellte insbesondere drei große politische Aufgaben heraus: Klartext reden, Hoffnung erwecken und Vertrauen aufbauen und bewahren. Nach einem Willkommensgruß von Frédéric Mion, dem Direktor von Sciences Po, wurde die Rede von Van Rompuy durch Pascal Lamy, dem Ehrenpräsident von Notre Europe - Jacques Delors Institute, eingeleitet. Darauf folgte eine durch Yves Bertoncini, Direktor von Notre Europe - Jacques Delors Institute, moderierte Diskussion mit dem Publikum. Eine Synthese der Konferenz ist demnächst erhältlich. Van Rompuy hatte bereits zu Anfang seines Mandats am 20. September 2010 eine [Rede](#) während einer ähnlichen Konferenz gehalten.

Es ist für mich immer wieder eine Freude, nach Paris zu kommen, in die Stadt, ohne die Frankreich nicht das wäre, was es ist, und ohne die auch Europa nicht das wäre, was es ist. Ich freue mich auch, zu Sciences Po zu kommen, wo ich im September 2010 auf Einladung von „Notre Europe“ bereits eine Rede gehalten habe.

Es lag mir am Herzen, in der letzten Woche meines fünfjährigen Vorsitzes des Europäischen Rats, die - ohne es dramatisieren zu wollen - auch die letzte Woche meines politischen und öffentlichen Lebens ist, hierher zu kommen.

Erneuerung ist ein Prinzip des Lebens und eindeutig auch ein Prinzip des politischen Lebens in einer Demokratie. Aber natürlich verspüre auch ich „die unvermeidliche Nostalgie, die zu allen großen Etappen im Leben dazu gehört“.

Es war mir also wichtig, hierher zu kommen, nach Frankreich, zu Ihnen, den Studenten an Sciences Po, einer für ihre internationale Ausrichtung vorbildliche Institution, die viele Studenten aus anderen europäischen Ländern aufnimmt. Ich möchte Ihnen nach fünf Jahren in einer zentralen Institution unserer Union von meinen Erfahrungen berichten und Zukunftsperspektiven aufzeigen.

Ich meine zu wissen, dass die zweiteilige Gliederung von Aufsätzen in Sciences Po nicht mehr obligatorisch ist. Meine Rede hat also drei Teile, die drei großen politischen Aufgaben entsprechen.

Die erste Aufgabe besteht darin, Klartext zu reden, also unsere Situation und die Bemühungen, die wir unternehmen müssen, so darzulegen, wie sie sind. Die zweite ist das Erwecken von Hoffnung, vor allem durch die Mobilisierung aller Hebel, die dazu beitragen, die Wirtschaft anzukurbeln. Die dritte Aufgabe ist der Aufbau und die Wahrung von Vertrauen - Vertrauen zwischen den Ländern, den Institutionen der Europäischen Union, sowie führenden Politikern und Politikerinnen. Dies ist in der Europapolitik grundlegend.

Klartext, Hoffnung, Vertrauen - das sind die Instrumente der Politiker und Politikerinnen. Sie sind fragil und nur manchmal wirksam, aber in jedem Fall erforderlich.



1. Klartext reden

1.1. Die Auswirkungen der Krise auf die europäische Idee

In Frankreich hat das Wort „Europa“ weniger Widerhall als früher, es klingt nicht mehr wie ein Versprechen, ein hoffnungsvoller und geschichtsträchtiger Aufruf. Das gilt selbstverständlich auch für andere Länder. Viele Bürger und Bürgerinnen sind von der europäischen Idee enttäuscht; es wäre verantwortungslos, dies zu leugnen.

Lassen sie uns Verallgemeinerungen vermeiden, die immer irreführend sind, aber in den letzten fünf-sechs Jahren ist „Europa“ bei den Europäern unbeliebt geworden. Europa wird als Trojanisches Pferd der Globalisierung oder als intrusive Struktur angesehen, die sich in nationale Angelegenheiten einmischt oder Mitgliedsländer in Sparprogramme zwingt und in die Armut stürzt.

Andere Bürger hingegen, die mit den gleichen Ungewissheiten konfrontiert sind, haben große Erwartungen und rufen zu „mehr Europa“ auf, um ihre Lebensqualität zu verbessern, die Eurozone endgültig zu stabilisieren und aus der Entscheidung für die gemeinsame Währung alle Konsequenzen zu ziehen.

Mir fällt an diesen Diskursen - auch in Frankreich - auf, dass Europa darin fast immer als etwas Externes dargestellt wird. „Brüssel“ scheint ein ferner Planet zu sein, der von gleichgültigen oder sogar böswilligen Eurokraten besiedelt wird. Das ist erstaunlich. Als sei Frankreich oder jedweder anderer Mitgliedsstaat eine von einer anonymen Metropole beherrschte Kolonie! Europa, das sind Sie, das sind wir! Darauf komme ich gleich noch zurück.

Hinter diesen unterschiedlichen Erfahrungen und Erwartungen steht meiner Ansicht nach die gleiche Erkenntnis. Seit fünf Jahren, seit Anfang der Krise, merken die Bürger, was es wirklich bedeutet, in einer Union zu leben: gemeinsame Institutionen, ein gemeinsamer Markt und vor allem eine gemeinsame Währung. Sie haben zum ersten Mal das Gefühl, im gleichen Boot zu sitzen, welches manchmal eher an ein „trunkenes Schiff“ erinnert. Vor allem für die Mitglieder der Eurozone ist „Europa“ heute konkreter, sichtbarer und präsenter denn je.

Vergessen wir nicht, dass Europa bis in die 1990er Jahre hinein ein Friedensideal darstellte. Das Projekt begeisterte, aber nur wenige Kategorien von Bürgern waren direkt davon betroffen. Mit dem Euro hat die Union Einzug in den Alltag gehalten, in das Portemonnaie von Hunderten Millionen Personen. Die konkrete Realität regt immer stärker zur Kritik als zum Träumen an.

Ich sage es ganz klar: Ich verstehe die Entrüstung derjenigen, die im Jahr 2008 und danach nicht bemerkt hatten, dass sie in der Vergangenheit schlecht regiert worden waren und dass der Finanzsektor inakzeptable Risiken eingegangen war. Ich verstehe die Verärgerung der Regierungen, die den Schulden gegenüberstanden, die ihnen ihre Vorgänger hinterlassen hatten und ich verstehe die Frustration und die Wut vieler Bürger angesichts der Arbeitslosigkeit und sinkender Einkommen.

Wir stehen aber zusammen einer neuen Realität gegenüber - einem neuen Europa in einer neuen Welt. Wenn man Klartext reden will, muss man zuerst einmal sagen, dass wir nicht kehrtmachen können. Die Welt hat sich verändert, die Globalisierung ist eine Tatsache, die Berliner Mauer gibt es nicht mehr, die Union wurde erweitert und der Euro ist da! Wir können nicht zurück, wir müssen uns der Zukunft gemeinsam stellen.

Es inspiriert mich, dass die jungen Generationen - obwohl sie wesentlich härter von der Arbeitslosigkeit betroffen sind als frühere Generationen - mit dieser neuen Realität offenbar weniger Probleme haben. Kaum jemand sehnt sich nach dem zerstückelten Europa von vor 1958 mit seinen Grenzen zurück, und nirgends - auch nicht in Griechenland - wünscht eine Mehrheit die Rückkehr zu den nationalen Währungen.

1.2. Populismus und Reformen

Wie jeder weiß, sind weltweit tiefgreifende Veränderungen im Gange, in der Wirtschaft, der Technologie und der Demografie. Die Sorgen der Bürger sind verständlich. Aufgrund des internationalen Wettbewerbs herrscht Ungewissheit bezüglich der Arbeitsplätze und Sozialversicherungen. Es ist nicht mehr sicher, dass die sozialen Fortschritte, die eine Generation errungen hat, an die nächste weitergegeben werden können. Erwartungen wurden enttäuscht.

Aber nicht nur die Wirtschaft ist betroffen – es finden auch kulturelle Veränderungen statt. Noch nie in ihrer Geschichte mussten die Europäer und Europäerinnen in so kurzer Zeit mit so vielen Veränderungen fertig werden. Noch nie hat sich die Wahrnehmung von Himmel und Erde, Leben und Tod, Mann und Frau, Liebe und Treue, Familie und Freundschaft, Arbeit und Freizeit, Zuhause und Ausland, Reichtum und Armut so schnell verändert wie in den letzten fünfzig Jahren.

Das sich daraus ergebende Gefühl der Verunsicherung kann zu Angst führen, zu Einsamkeit und einem Gefühl des Kontrollverlusts. Der Populismus, der von der Mischung aus Veränderung und Angst genährt wird, ist wesentlich älter als die Schuldenkrise und reicht weit über die Eurozone hinaus.

Als belgischer Politiker habe ich eine gewisse Erfahrung mit dem Populismus: In meiner Region, Flandern, hat eine rechtsextreme Partei im Jahr 2004 vierundzwanzig Prozent der Stimmen gewonnen. Ähnliche Wahlergebnisse gab es ab 1999 in Österreich. Und ich brauche hier in Paris nicht an das Wahlergebnis der Front National von 2002 zu erinnern. Davon abgesehen zeigen die Wahlrends in so verschiedenen Demokratien wie den USA, der Schweiz und Norwegen, dass die EU-Mitgliedsstaaten in dieser Hinsicht bei Weitem nicht allein dastehen. Diese Angst gab es also schon lange vor der Krise.

Für mich ist Populismus das falsche Versprechen einer wiederhergestellten Identität, die Illusion, dass das Schließen von Grenzen den Lauf der Dinge aufhalten könnte, die Lüge, dass wir in einem globalisierten Markt mühelos alleine überleben könnten. Die Populisten bieten ein Ventil für Angst, Wut und Verbitterung. Ihr Erfolg im politischen Markt zeigt auch, wie schwach das Oppositionsangebot ist. Er zeigt, dass sich die traditionelle Politik in vielen Ländern in einer Krise befindet.

Die Bürger wissen, dass wir unsere Gesellschaft den Veränderungen der heutigen Welt anpassen müssen. Die Entscheidung, was man wann und wie genau verändern muss, ist aber nie einfach. Und wir zahlen den Preis für die Unfähigkeit unserer Gesellschaft, diese Entscheidungen zu fällen. Die Bürger geben der Globalisierung die Schuld, obwohl die meisten „Globalisierungsoffer“ in Wirklichkeit die Opfer aufgeschobener Reformen sind. Je länger wir warten, desto schlimmer wird es. Es ist eine Art Teufelskreis:

Ohne Vertrauen in die Politik gibt es keinen Auftrag, die notwendigen Veränderungen durchzuführen, aber wenn wir nichts verändern, geraten wir an den wirtschaftlichen Abgrund und das Vertrauen schwindet weiter. Wir können und müssen diesen Teufelskreis durchbrechen und eine Perspektive für positive Veränderung eröffnen. Anders geht es nicht. Wir brauchen also Politiker und Politikerinnen, die sich für unser gemeinsames Projekt einsetzen, und dafür brauchen wir Resultate.



2. Hoffnung wecken

2.1. Wirtschaftswachstum

Unsere dringendste Aufgabe ist, den Weg zu Wachstum und Beschäftigung wiederzufinden. Dabei wollen wir mehr als Versprechungen, nämlich konkrete Resultate. Der Wirtschaftsaufschwung findet langsamer statt, als viele gedacht hatten, nachdem die Eurozone vor zwei Jahren ihre Stabilität wiederfand.

Das schwache Wachstum erklärt sich größtenteils durch den Rückgang unseres Wachstumspotentials, das heute auf nur 0,5 % geschätzt wird. Dies ist die Folge der hohen Arbeitslosenquote und eines Mangels an Investitionen. Es gibt keine Wunderlösung: Wachstum ist die Summe aus der Erhöhung der gearbeiteten Stunden und der Produktivität. Der Mangel an Arbeitsplätzen und Investitionen setzt jedoch beide Faktoren unter Druck. Mit anderen Worten ein „konjunktureller“ Wirtschaftsaufschwung stößt schnell an unsere strukturellen Grenzen.

Davon abgesehen hatten externe Faktoren einen negativen Einfluss. Die geopolitische Unsicherheit untergräbt das Vertrauen der Verbraucher und der Anleger in uns. Darüber hinaus haben die Leistungen der BRIC-Staaten – die Chinas ist schwächer als erwartet, die Brasiliens und Russlands schlichtweg schwach

- haben unsere Exporte und das Wachstum der Länder der Eurozone, die von diesen Ausfuhren abhängen, belastet.

Die Gründe für das schwache Wirtschaftswachstum liegen nicht in der Währungspolitik, die entgegenkommend ist. Sie sind auch nicht mehr in der Haushaltspolitik zu suchen, deren Ausrichtung das Wachstum im Jahr 2014 nicht behindert hat.

Wir müssen uns jetzt auf strukturelle Reformen konzentrieren, vor allem auf die Verbesserung der Funktionsweise der Arbeitsmärkte. Dabei stehen die nationalen Behörden im Mittelpunkt. Sie müssen die Kluft verkleinern zwischen denjenigen, die gut geschützt sind, und denjenigen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen stehen, was vor allem für junge Leute, Frauen und Migranten gilt. Ich möchte noch erwähnen, dass die durchschnittliche Arbeitslosenquote schon vor 2008 die 8-Prozent-Marke erreicht hat; unsere Arbeitslosigkeit ist also strukturell hoch.

Der Europäische Rat hat bei seiner Tagung im letzten Monat - der letzten, bei der ich den Vorsitz innehatte - die Absicht der neuen Kommission begrüßt, zusätzliche Investitionen in Höhe von 300 Milliarden Euro über die drei kommenden Jahre zu fördern. Auch hier tragen die Mitgliedsstaaten eine sehr große Verantwortung. Wenn man die Investitionen der Wirtschaft fördert, wirkt man auf Angebot und Nachfrage gleichzeitig ein!

Wenn man sich ansieht, was ein kleines Unternehmen braucht, das seine Geschäftstätigkeit ausbauen möchte, oder eine Studentin, die sich selbständig machen will - ein innovatives und geschäftsförderndes Umfeld sowie die Möglichkeit, einfach Arbeitsplätze zu schaffen - stellt man fest, dass die Europäische Union in vielen Bereichen den USA hinterherhinkt.

Gestatten Sie mir, in Gegenwart von Herrn Pascal Lamy, dem ehemaligen Kabinettschef von Herrn Jacques Delors, auf die Bedeutung des gemeinsamen Binnenmarkts als Quelle für Wachstum und Arbeitsplätze hinzuweisen. Wie ein Garten, den man pflegen muss, macht dieser Markt tägliche Arbeit erforderlich. Als er geschaffen wurde, war er ein Industriegütermarkt; heute umfasst er die digitale Wirtschaft und Sektoren wie Dienstleistungen, Energie und die Verteidigungsindustrie. Während meiner Amtszeit haben wir ausgehend von Vorschlägen der Kommission permanent Druck ausgeübt, um die

Dinge voranzutreiben; ich habe diesem Thema mehrere Tagungen des Europäischen Rats gewidmet.

Ich bin heute aber leider nicht davon überzeugt, dass alle führenden europäischen Politiker bereit sind, aus der Zersplitterung der Märkte die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Ich denke dabei vor allem an den Energie- und den Telekommunikationssektor. In den USA und China gibt es nur drei oder vier Telekommunikationsbetreiber, wohingegen wir in Europa fast achtzig Betreiber für „nur“ 500 Millionen Verbraucher haben. Das behindert Forschungsprogramme und zukünftige Investitionen, wodurch viele unserer Unternehmen im Weltmarkt zum Scheitern verurteilt sind. Obwohl wir in diesem Bereich Fortschritte gemacht haben - ich denke dabei an den europäischen Gipfel von 2013 - spüre ich noch immer einen großen Widerstand. Das ist schade, denn das Zeitalter der nationalen Vorreiter ist wirklich vorbei. Mit diesem Thema wird sich mein Nachfolger, Herr Donald Tusk, befassen müssen, wie auch mit dem Energiemarkt und der „Energieunion“ - einem Thema, das auch ihm sehr am Herzen liegt und für das Europa seine Kräfte und seine Ressourcen noch stärker mobilisieren muss, wenn es Herr seines Schicksals bleiben will.

3. Vertrauen bewahren

3.1. Die Institutionen der Europäischen Union und der Europäische Rat

Ich habe eben über die zwei ersten politischen Aufgaben gesprochen: Klartext reden, also unsere Situation und die Bemühungen, die wir angesichts populistischer Bestrebungen unternehmen müssen, so darstellen, wie sie sind und Hoffnung wecken, mit Worten und Taten, was heute vor allem bedeutet, alle Hebel für Wirtschaftswachstum zu nutzen - ohne Tabus, ohne Angst und mit einer einzigen Obsession: dem Resultat.

Das ist sehr wichtig, denn unser sozioökonomisches Modell basiert nun einmal auf dem Wirtschaftswachstum. Ohne Wirtschaftsaufschwung stehen das rheinische Modell, die europäische Idee und die politische Stabilität unter hohem Druck. Und ich wähle meine Worte mit Bedacht! Letztlich können wir es nur mit „mehr Europa“, ganz sicher mit einer „engeren Union“ in der Eurozone, einer intensiveren wirtschaftlichen Koordinierung und einem Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion schaffen.

Damit komme ich zu den Institutionen der Union und meinem dritten Punkt: dem Aufbauen und Bewahren von Vertrauen. Vertrauen zwischen den Ländern, den Institutionen der Europäischen Union sowie den führenden Politiker und Politikerinnen.

Seit Beginn meiner Amtszeit habe ich es als eine besondere Verantwortung des Präsidenten des Europäischen Rats angesehen, darauf zu achten, dass sich alle Akteure vertrauen.

Lassen Sie mich das erläutern. Die Juristen und Politologen unter Ihnen wissen, dass die Rolle und Aufgaben des Europäischen Rats und seines Präsidenten im Vertrag über die Europäische Union in wenigen Zeilen definiert sind. Der Europäische Rat ist nicht gesetzgeberisch tätig und wird nicht in die konkreten Verwaltungsentscheidungen einbezogen. Er ist in erster Linie eine politische Instanz, dessen Rolle darin besteht, die allgemeinen Richtlinien festzulegen, der also – so steht es im Vertrag – „der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse“ gibt und „die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten“ hierfür festlegt. Der Europäische Rat soll sich also nicht um das Tagesgeschäft kümmern – das machen die anderen Institutionen der Union im bewährten Rahmen der „Gemeinschaftsmethode“ viel besser. Vielmehr soll er in Ausnahmefällen in Aktion treten: bei Vertragsänderungen, zur Annahme des Haushaltsplans, aber auch beim Krisenmanagement.

Wenn Sie sich den Vertrag über die Union durchlesen und versuchen zu verstehen, was zwischen den Zeilen steht, werden Sie feststellen, dass der Präsident des Europäischen Rats eine relativ kurze Amtszeit von nur zweieinhalb Jahren hat, die nur einmal verlängert werden kann, dass er keine Haushaltsverantwortung und keine eigene Verwaltung hat und nicht befugt ist, Mitarbeiter zu ernennen, deren Anzahl übrigens relativ klein ist.

Man kann dies als einen Paradox ansehen: Der Europäische Rat gilt als höchste politische Instanz der Union, aber die Stellenbeschreibung und die formalen Befugnisse seines Präsidenten sind relativ vage, um nicht zu sagen ausgesprochen mager. Es kommt also darauf an, was man daraus macht! Mit anderen Worten: Alles, was nicht formal vorgesehen ist, musste auf informelle Weise geschaffen werden.

Es fängt damit an, Vertrauen aufzubauen. Vertrauen zwischen den Frauen und Männern, die an einem

Tisch zusammensitzen, zwischen den Institutionen der Europäischen Union in Brüssel und zwischen den Mitgliedsstaaten, denn das ist die Grundlage für jede gemeinsame Entscheidung. Vor allem, wenn die Entscheidungen schwierig sind und wenn sie im Konsens getroffen werden müssen, wie dies normalerweise im Europäischen Rat der Fall ist.

Wie baut man Vertrauen auf? Indem man mit den Menschen spricht, ihnen zuhört, ihre Meinungen berücksichtigt. So gab es fünf Jahre lang eine wöchentliche Sitzung mit dem Präsidenten der Kommission, um die Dinge gemeinsam vorzubereiten. Es fand auch eine monatliche Konferenz mit den „vier Präsidenten“ der Eurozone statt (der Europäischen Zentralbank, der Kommission, der Eurogruppe und des Europäischen Rats). Es war für mich während meiner Amtszeit auch Ehrensache, alle Mitglieder des Europäischen Rates in ihren jeweiligen Hauptstädten zu besuchen, was mir normalerweise einmal im Jahr gelang. Wenn man mit den Staatspräsidenten und den Premierministern in ihrem Arbeitsumfeld spricht – sei es in Stockholm, Nikosia, Dublin oder Sofia – bekommt man eine bessere Vorstellung davon, was ihnen wirklich wichtig ist.

Diese Bemühungen um das Schaffen von Vertrauen haben sich ausgezahlt, denn es war da, als wir es brauchten: in Krisenzeiten. Und Krisen gab es, leider! Natürlich vor allem die Eurokrise, die ich bereits erwähnte, aber auch außenpolitische Krisen und vor allem die Ukraine-Krise, auf die ich jetzt eingehen möchte.

3.2. Unsere Nachbarn und die Ukraine

Die Ukraine-Krise, die von „der Krim“ ausgeht, ist die gravierendste geopolitische Krise, die Europa seit Ende des Kalten Krieges mitmacht. Es ist sogar noch schlimmer, denn wir bewegen uns auf einen Krieg im Inneren des Kontinents zu, der der verheerendste seit den Balkankriegen sein könnte. Wenn man die Grenzen antastet, bedroht man den Frieden.

Dies ist nicht der Zeitpunkt, diese Krise im Detail zu schildern, die Ende November 2013 anfang, als Präsident Janukowytsch, der aus dem Osten stammt und russischsprachig ist, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union suspendierte, woraufhin auf dem Maidan in Kiew massive proeuropäische Demonstrationen stattfanden. Diese Geschichte ist noch nicht zu Ende.

Ich werde hier auch nicht erzählen – ich habe das an anderer Stelle getan –, wie sich die europäischen Länder dieser Situation gemeinsam gestellt haben: gegenüber der Ukraine, die wir politisch und wirtschaftlich die ganze Zeit über unterstützt haben; und gegenüber Russland. Ich möchte lediglich sagen, dass es aufgrund der unterschiedlichen energiepolitischen und wirtschaftlichen Interessen, der geografischen Lage und unterschiedlicher Erfahrungen in der Vergangenheit nicht einfach für die führenden Politiker der 28 Länder war, sich einstimmig auf Sanktionen zu einigen. Und doch ist es uns gelungen. Dies zeigt, dass wir gemeinsame Zielsetzungen haben und unsere gemeinsamen strategischen Interessen ohne jede Krämermentalität anerkennen. Es zeigt auch, dass es in der Union eine Kultur des Kompromisses gibt: Unsere Politiker wissen, dass sie nicht allein handeln können.

Auf Folgendes kommt es heute an. Seit dem Waffenstillstand von Minsk am 5. September gab es ca. 1000 Todesopfer. Ich nenne das keinen Waffenstillstand. Jeder weitere Waffenstillstand wird genauso aussehen, wenn wir uns darauf beschränken, die Probleme auf lokaler Ebene anzugehen. Wir brauchen eine globale Lösung. Es muss ein Weg gefunden werden, damit die Ukraine zu einem dezentralisierten (oder föderalisierten) und integrationsfördernden Land wird. Wir müssen den Platz der Ukraine in Europa definieren.

Das Land muss die Möglichkeit haben, sich der Europäischen Union anzunähern, wie es der Großteil seiner Bevölkerung wünscht, und eine korrekte Beziehung mit seinem Nachbarn Russland aufzubauen, mit dem es eine gemeinsame Geschichte, Kultur und Sprache teilt. Dies beinhaltet die Achtung der Grenzen – und damit auch der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität des Landes – sowie die Achtung von Minderheiten.

Alle diese Probleme müssen gründlich angegangen werden. Dafür müssen sich die wichtigsten Akteure an einen Tisch setzen und ein großes Abkommen vom Typ „Oslo 1993“ schließen. Für einen solchen Dialog braucht man, wie ich schon sagte, politisches Vertrauen – neues Vertrauen, denn heute besteht ein eklatanter Vertrauensmangel.

Im Rahmen einer solchen globalen Herangehensweise hat Europa selbstverständlich eine Rolle zu spielen – denn die Beziehungen zwischen Russland und der

Europäischen Union sind Teil des größeren Problems. Darüber ist sich mein Nachfolger auch im Klaren.

Nach den Institutionen der Europäischen Union und den Beziehungen zu unseren Nachbarn möchte ich abschließend noch ein Wort zu den Beziehungen zwischen unseren Mitgliedsstaaten sagen, die ebenfalls auf Vertrauen beruhen.

3.3. Großbritannien

In der Pressekonferenz vom 30. August, auf der ich Herrn Donald Tusk als gewählten Präsidenten des Europäischen Rats vorstellte, sprach ich drei große Schwierigkeiten an, mit denen er sich befassen muss: das Wachstum..., die Ukraine..., aber auch die „britische Frage“.

Letztere ist in erster Linie eine britische Debatte, denn die Entscheidung liegt beim britischen Volk. Ich denke, die europäischen Partner wären bereit, bestimmte Ersuchen, die London wichtig sind, ernsthaft zu prüfen, aber nicht, über die Grundprinzipien unserer Union zu verhandeln.

Ich persönlich habe nie Grund gehabt, mich über Großbritannien zu beklagen. Die britische Regierung war konstruktiv bei den großen Verhandlungen über den europäischen Haushalt, das Klima oder unsere strategische Agenda für 2014-2019... und oft hat sie die anderen sogar angetrieben, wenn es um den gemeinsamen Binnenmarkt oder um bestimmte außenpolitische Themen wie Iran oder Syrien ging.

Sicher, das Vereinigte Königreich nimmt nicht an unserem größten Projekt teil – dem Euro – und ist nicht im Schengen-Raum. Großbritannien hat uns aber nie davon abgehalten, den Aufbau Europas fortzusetzen. Es gab zwar einen unglücklichen Veto-Versuch im Dezember 2011, aber für die Bankenunion – den wichtigsten Durchbruch in Sachen Integration seit der Schaffung des Euros – war Großbritannien sehr konstruktiv – glücklicherweise, denn die EU-Gesetzgebung war notwendig.

Es gibt einen grundlegenden historischen Grund. Es ist wichtig, dass Großbritannien, das seit dem 16. Jahrhundert an allen großen innereuropäischen Kriegen teilgenommen hat, weiter an unserem großen Friedensprojekt mitarbeitet: der Europäischen Union.

Davon abgesehen ist die Präsenz Großbritanniens wichtig für das politische Gleichgewicht in der Europäischen Union, auch für die Beziehungen zwischen den großen Ländern. Damit komme ich zu Frankreich, über das ich abschließend noch einige Worte sagen möchte.

3.4. Frankreich

Ein Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union würde in Europa eine Wunde hinterlassen, käme sogar einer Amputation gleich. Wir müssen also alles tun, damit Großbritannien in der Europäischen Union bleibt, aber Europa würde auch dessen Austritt überleben. Ohne Frankreich hingegen wäre Europa – die europäische Idee – gestorben. Das Projekt, an dem in Frankreich jahrhundertlang gearbeitet wurde und das in Paris, im Uhrensaal des französischen Außenministeriums am Quai d'Orsay, geboren ist, könnte ohne Frankreich nicht überleben.

Wenn ich „Frankreich“ sage, spreche ich allgemein über das Land, mit ein wenig Abstand. Ich denke dabei nicht an eine bestimmte Episode des politischen Lebens der Jahre 2010-2014, die ich von Nahem erlebt habe. Seit meiner Gymnasialzeit – also seit etwa fünfzig Jahren – lese ich die französische Presse, sehe französisches Fernsehen. Für viele Männer und Frauen meiner Generation war die französische Kultur das Tor zur europäischen Kultur. Ich bin also überrascht, dass Europa gerade in Frankreich als „extern“ und „Brüssel“ wie ein anderer Planet empfunden wird.

Siebzig Jahre lang hat sich Frankreich dafür eingesetzt, der Europapolitik einen Sinn und Europa

eine Richtung zu geben. Frankreich ist in Europa und Europa ist in Frankreich schon immer zu Hause gewesen.

Frankreich darf sich nicht auf sich selbst zurückziehen, wie es ein radikaler Teil der linken und der rechten Politiker möchte. Sogar die Tour de France beschränkt sich heute nicht mehr auf Frankreich! Es darf sich nicht von der Angst vor Öffnung, vor der Globalisierung oder sogar von Deutschland lähmen lassen. Ganz im Gegenteil: Frankreich kann und muss der Union wichtige Impulse geben – und zwar möglichst zusammen mit Deutschland, seinem historischen Partner.

Das wollte ich Ihnen heute Abend sagen. Frankreich braucht Europa, denn Frankreich ist nur in Europa groß. Europa braucht Frankreich aber auch mehr denn je – ein wirtschaftlich starkes, von Vergangenskult jeglicher Art befreites und selbstbewusstes Frankreich.

Europa braucht Frankreich, weil es in der Welt von heute und morgen die Aufgabe Ihrer Nation ist, zusammen mit Ihren Nachbarn und Partnern neue Projekte vorzuschlagen, eine Richtung vorzugeben und die gemeinsame Arbeit für die Zukunft unseres Kontinents voranzutreiben.

Das kann Ihnen gelingen, vorausgesetzt, Sie sehen dies nicht wie eine Last an, sondern wie eine große Aufgabe, ein historisches Projekt, eine ehrenhafte Mission, die diesem schönen und großen Land würdig ist. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Herausgeber: Prof. Dr. Henrik Enderlein • Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder • Alle Rechte vorbehalten • Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig • Übersetzung aus dem Französischen: Marina Schewe • © Jacques Delors Institut - Berlin, 2014.

